Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

18.05.1994 - Beschlußprotokoll 55. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
13. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
55. Sitzung
18. 05. 94
Nr. 13/757 — 13/767

Nr. 13/757

Behinderung der Hafenentwicklung im Land Bremen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 19. April 1994
(Drucksache 13/888)

Der Antrag wird ausgesetzt.

Nr. 13/758

Fragestunde

1. Verwendung der für den Aufbau und Betrieb des nationalen Hörfunks gebundenen Gebührenmittel
   Anfrage der Abgeordneten Neujahr, Welke und Fraktion der FDP vom 25. April 1994

2. Trinkwassergewinnung
   Anfrage der Abgeordneten Buhlert, Welke und Fraktion der FDP vom 25. April 1994

3. Wettbewerbssituation des bremischen Brennstoff- und Mineralölhandels
   Anfrage der Abgeordneten Ziegler, Welke und Fraktion der FDP vom 26. April 1994

4. Nahverkehrsregion
   Anfrage der Abgeordneten Barsuhn, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 26. April 1994

5. Ersatz von PVC-Bodenbelägen durch Linoleum
   Anfrage der Abgeordneten Buhlert, Welke und Fraktion der FDP vom 26. April 1994

6. Krankenhausfrühstück ohne Abfall
   Anfrage der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hackstein (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 27. April 1994

7. Umsetzung des Luneplate-Abkommens
   Anfrage der Abgeordneten Röwekamp, Kudella und Fraktion der CDU vom 2. Mai 1994

8. Sicherstellung der Kampfmittelbeseitigung in Bremen und Bremerhaven
   Anfrage der Abgeordneten Focke, Kudella und Fraktion der CDU vom 3. Mai 1994

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Streifendienst von Polizeibeamten außerhalb der Dienstzeit
   Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Kudella und Fraktion der CDU vom 4. Mai 1994

Die Anfrage wird zurückgezogen.

10. Landesenergieprogramm
    Anfrage der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hackstein und Ruffler (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 4. Mai 1994

11. Im- und Export von radioaktiven Stoffen über bremische Häfen
    Anfrage der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hackstein, Schramm, Mützelburg und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 4. Mai 1994

12. Sicherheitsfragen bei Atomtransporten über bremische Häfen
    Anfrage der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hackstein, Schramm, Mützelburg und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 4. Mai 1994

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

13. Einführung eines Fehlbildungsregisters
    Anfrage der Abgeordneten Ulrike Schreiber, Kudella und Fraktion der CDU vom 6. Mai 1994

14. Lösungsmittel in kalt gepreßtem Olivenöl
    Anfrage der Abgeordneten Ulrike Schreiber, Kudella und Fraktion der CDU vom 6. Mai 1994

15. Arbeitsplätze
    Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 9. Mai 1994

16. Altlas Elektronik und Lemwerder — Schließung bis Jahresende
    Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 9. Mai 1994

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 13/759

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen bzw. Gruppen kein Thema beantragt worden.

Nr. 13/760

Funktionsfähigkeit der Rechtspflege im Lande Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP vom 15. Februar 1994
(Drucksache 13/837)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 10. Mai 1994
(Drucksache 13/905)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 13/761

Ausbau des Container-Terminals III in Bremerhaven und Anpassung des Außenweserfahrwassers

Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP
vom 15. März 1994
(Drucksache 13/855)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. April 1994
(Drucksache 13/881)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 13/762

Türkei / EG (EU)

Antrag der Gruppe der NK
vom 7. April 1994
(Drucksache 13/877)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/763

Verwirklichung der Menschenrechte in der Türkei und politische Lösung der Kurdenfrage

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP
vom 17. Mai 1994
(Neufassung der Drs. 13/896 vom 27. 04. 94)
(Drucksache 13/911)

Die Bürgerschaft (Landtag) verfolgt mit Sorge, daß sich die Lage der Menschenrechte und die Lage der kurdischen Bevölkerungsgruppe in der Türkei verschlechtert haben. Diese Feststellung hat auch die Europäische Union in einer Erklärung zu den Menschenrechten in der Türkei vom 31. März 1994 treffen müssen. Anlaß zu dieser Erklärung war die Aufhebung der Immunität und Verhaftung kurdischer Abgeordneter des türkischen Parlaments. Solche Maßnahmen gegen frei gewählte Mitglieder des Parlaments müssen den Eindruck erwecken, als solle die Stimme der kurdischen Bürger in der Türkei zum Verstummen gebracht werden.

Als Mitglieder eines Landesparlaments bringen die Abgeordneten der Bürgerschaft (Landtag) ihre Erwartung zum Ausdruck, daß den kurdischen Abgeordneten Gelegenheit gegeben wird, von ihren verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch zu machen.

Die Bürgerschaft (Landtag) befürchtet, daß der Weg zu einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage in der Türkei zunehmend verbaut wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) ist bestürzt und beunruhigt über das Vorgehen des türkischen Militärs gegenüber der kurdischen Bevölkerung. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Bundesregierung nachdrücklich auf, einen vertragswidrigen Einsatz der Verteidigungs-, Rüstungs- und Materialhilfe nicht hinzunehmen.

Zugleich ist die Bürgerschaft (Landtag) bestürzt über die zunehmende Gewalttätigkeit, mit der militante kurdische Gruppen versuchen, ihren politischen Anliegen in der Bundesrepublik Gehör zu verschaffen. Gewalt ist als Mittel der politischen Auseinandersetzung nicht hinnehmbar.

An die Verantwortlichen in der Türkei ist zu appellieren, daß die Türkei die von ihr unterschriebenen Verpflichtungen einhält. Die Türkei muß wissen, daß ihre Aufnahme in die Europäische Union erst und nur erfolgen kann, wenn sie die Europäische Menschenrechtskonvention, die UN-Antifolterkonvention und die Genfer Flüchtlingskonvention einhält.

Nach Überzeugung der Bürgerschaft (Landtag) kann die Kurdenfrage — die nicht nur in der Türkei ein Problem ist — ausschließlich mit friedlichen Mitteln und einvernehmlich zwischen der türkischen Regierung und den Kurden gelöst werden. Eine solche Lösung muß die kulturelle Identität der kurdischen Bevölkerung respektieren und wahren.

Nr. 13/764

Asbestbedingte Krankheiten
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP vom 15. März 1994
(Drucksache 13/860)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. April 1994
(Drucksache 13/882)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 13/765

Bekämpfung der Scientology-Organisation
Mitteilung des Senats vom 29. März 1994
(Drucksache 13/871)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/766

Maßnahmen gegen Scientology
Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Mai 1994
(Drucksache 13/903)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/767

Bekämpfung der Scientology-Organisation
Antrag der Fraktionen der SPD, der FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN
vom 17. Mai 1994
(Drucksache 13/910)

Die Bürgerschaft (Landtag) ist nach wie vor der Auffassung, daß es sich bei der Scientology um eine Organisation handelt, die mit unlauteren Mitteln unter dem Deckmantel einer Religion versucht, Einfluß auf die Gesellschaft zu nehmen und wirtschaftliche Macht zu erreichen. Die Scientology-Organisation stellt eine Gefährdung für einzelne und die Gesellschaft dar.

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt das vom Senator für Inneres und Sport inzwischen eingeleitete Verfahren zur Entziehung der Rechtsfähigkeit des Scientology-Vereins in Bremen, die Untersagung der Werbung durch Ansprechen von Passanten auf öffentlichen Straßen innerhalb der Stadtgemeinde Bremen sowie die von der Bremischen Evangelischen Kirche herausgegebene Aufklärungsbroschüre über die Scientology-Organisation.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich weiter und verstärkt mit der Scientology-Organisation auseinanderzusetzen, insbesondere

- durch Sammeln von Informationen und Dokumentationen der Bremer Aktivitäten der Scientology-Organisation,
- durch ausreichenden Erfahrungs- und Informationsaustausch zwischen Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden,
- durch ausreichenden Informations- und Erfahrungsaustausch mit den Staatsanwaltschaften anderer Städte bzw. Bundesländer,
- durch gezielte Informationen an ermittelnde und strafverfolgende Behörden über das Wesen der Scientology-Organisation, insbesondere im Hinblick auf mögliche Aktivitäten im Bereich der Wirtschaftskriminalität und mögliche Verstöße gegen das Heilpraktikergesetz,
- durch Unterstützung eines bundeseinheitlichen Vorgehens.

Druck: Hans Krohn, Bremen